Washingtons Besessenheit von der Eindämmung Chinas hält an



7. Dezember 2023 | Brian Berletic

Während ein Treffen zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und US-Präsident Joe Biden Mitte November in San Francisco von einigen als Tauwetter in den Beziehungen zwischen China und den USA interpretiert wurde, setzt Washington seine Politik der Einkreisung und Eindämmung des Aufstiegs Chinas mit wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Mitteln fort.

Die wahrscheinlichste Erklärung für das Entgegenkommen der USA gegenüber China, das das jüngste Treffen auslöste, ist das bekannte Spiel Washingtons, das den Anschein erweckt, Diplomatie zu betreiben, während es sie in Wirklichkeit untergräbt.

China eindämmen: Eine jahrzehntelange US-Politik

Während in den westlichen Medien die US-Politik gegenüber China als von Regierung zu Regierung unterschiedlich dargestellt wird, gab es in Wirklichkeit eine einzigartige Besessenheit von der Einkreisung und Eindämmung Chinas, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zurückreicht.

Auf der offiziellen Website des US-Außenministeriums werden über das *Office of the Historian* eine Vielzahl von Kabeln, Memoranden und anderen Dokumenten veröffentlicht, in denen die US-Außenpolitik im Laufe der Jahrzehnte beschrieben wird.

Ein 1965 veröffentlichtes <u>Memo</u> des damaligen US-Verteidigungsministers Robert McNamara an den damaligen US-Präsidenten Lyndon Johnson trug den Titel *Course of Action in Vietnam* und betonte, dass die militärischen Operationen der USA in Vietnam in direktem Zusammenhang mit einer "langfristigen Politik der USA zur Eindämmung des kommunistischen Chinas" stünden.

In demselben Memo wird eingeräumt, dass die USA diese Eindämmungspolitik an drei Fronten verfolgen: "(a) an der Japan-Korea-Front, (b) an der Indien-Pakistan-Front und (c) an der Südostasien-Front".

Damals wie heute wird China als Hindernis für das ultimative Ziel Washingtons angesehen, die Welt "in die von uns bevorzugte Richtung" zu bewegen.

Washington hatte in der Vergangenheit und hat auch heute noch den klaren Wunsch, der Welt zu diktieren, wie die Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Grenzen geregelt werden. Eine Nation (oder Nationen in einer multipolaren Weltordnung) mit ausreichender wirtschaftlicher, politischer, diplomatischer und militärischer Macht würde sich als Hindernis für Washingtons ansonsten unangefochtene Vormachtstellung rund um den Globus und seine Fähigkeit erweisen, überall und jederzeit ungestraft zu handeln.

Das Memo von 1965 beklagte auch:

China – wie Deutschland im Jahr 1917, wie Deutschland im Westen und Japan im Osten in den späten 1930er Jahren und wie die UdSSR im Jahr 1947 – erhebt sich als Großmacht, die unsere Bedeutung und Effektivität in der Welt zu untergraben droht, und – entfernter, aber bedrohlicher – ganz Asien gegen uns zu organisieren.

Die Befürchtung war nicht, dass China Asien gegen die USA innerhalb der amerikanischen Grenzen aufbringen würde, sondern gegen die US-Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum, Tausende von Kilometern von der eigenen Küste entfernt. Die Sowjetunion damals und die Russische Föderation heute stellten und stellen ebenfalls eine Bedrohung für die USA dar, nicht innerhalb ihrer Grenzen, sondern in ihrer Fähigkeit, die Angelegenheiten in Europa zu diktieren, das einen Ozean von Amerikas Ostküste entfernt ist.

Die wachsende Zusammenarbeit Russlands mit Europa im Vorfeld der militärischen Sonderoperation 2022 stellte eine ähnliche Bedrohung dar – nicht für Amerikas Heimatland, sondern für seinen ungerechtfertigten Einfluss auf den europäischen Kontinent.

China stellt damals wie heute die gleiche Art von "Bedrohung" dar. Sein Aufstieg stärkt die Nationen an seiner Peripherie und bietet Alternativen zu den ausbeuterischen Praktiken der Wall Street und Washingtons, einschließlich der Entwicklung von Infrastruktur und Handel anstelle des Baus von Ausbeuterbetrieben und Militärstützpunkten. Sowohl China als auch eine wachsende Zahl von Staaten in der indo-pazifischen Region sind den Forderungen der USA nicht mehr verpflichtet und treten in ihrer Innen- und Außenpolitik zunehmend selbstbewusst auf.

Die USA haben jahrzehntelang versucht, solche Entwicklungen zu verhindern, unter anderem durch einen zerstörerischen Krieg, der sich über Vietnam, Laos und Kambodscha erstreckte und an dem Thailand, die Philippinen und sogar Japan und Australien beteiligt waren. Seit dem Ende des Vietnamkriegs haben sich die USA auf verdeckte Aktionen und politische Einmischung durch die CIA und später die *National Endowment for Democracy* und benachbarte Organisationen verlassen.

In Anbetracht der zerstörerischen und destabilisierenden Maßnahmen, die die USA in jüngster Zeit ergriffen haben, um die Kontrolle über Europa wiederzuerlangen, scheinen die Befürchtungen, dass die USA in der indopazifischen Region Ähnliches tun könnten, berechtigt.

Zurück zu einem regionalen Konflikt

Um die Vormachtstellung der USA im indopazifischen Raum zu festigen, setzen die USA ihre Politik der verdeckten Aktionen und der politischen Einmischung fort, vergrößern aber auch ihre militärische Präsenz in der Region im Vorfeld eines möglichen Konflikts mit China selbst.

Myanmar, das an die chinesische Provinz Yunnan grenzt, ist das Ziel einer gewaltsamen Destabilisierung. Nach einem Militärputsch im Jahr 2021, durch den das von den USA eingesetzte Klientelregime unter der Führung von Aung San Suu Kyi gestürzt wurde, haben die von den USA unterstützten bewaffneten Kämpfer das Land in einen internen Krieg gestürzt.

Die von den USA unterstützten Kämpfer kämpfen nicht nur gegen die Zentralregierung in Myanmar, die sowohl mit Moskau als auch mit Peking eng verbündet ist, sondern greifen auch gezielt gemeinsame Infrastrukturprojekte an, die mit chinesischer Unterstützung gebaut wurden. Dazu gehört eine von China gebaute Pipeline, die Anfang letzten Jahres angegriffen wurde, wie der von der US-Regierung finanzierte Irrawaddy in seinem <u>Artikel China-Pipeline-Anlage in Myanmar wurde durch einen Widerstandsangriff beschädigt</u> berichtet.



Die Pipeline ist Teil der Bemühungen Chinas, Schifffahrtsrouten zu umgehen, die durch die wachsende militärische Präsenz der USA im und um das Südchinesische Meer zunehmend bedroht sind. Pipelines durch Myanmar ermöglichen es chinesischen Schiffen, in Häfen in Myanmars Rakhaing-Staat (Verwaltungsbezirk) zu entladen und so viel Zeit und Mühe zu sparen, die normalerweise für die Weiterfahrt durch die Straße von Malakka, durch das Südchinesische Meer und zu den Häfen entlang der südlichen Küste Chinas erforderlich sind.

Trotz der Behauptung, die US-Militärpräsenz im Südchinesischen Meer und seiner Umgebung diene dem Schutz der "Freiheit der Schifffahrt", räumt die von der US-Regierung und der Rüstungsindustrie finanzierte Denkfabrik *Center for Strategic and International Studies* (CSIS) in

einer <u>Präsentation</u> mit dem Titel *How Much Trade Transits the South China Sea?* ein, dass der Großteil des Schiffsverkehrs durch das Südchinesische Meer tatsächlich zwischen China und seinen Handelspartnern in der Region stattfindet. Die USA sind also nicht da, um diesen Schiffsverkehr zu schützen, sondern um ihn zu bedrohen und möglicherweise ganz zu unterbinden.

In jüngster Zeit haben von den USA unterstützte Kämpfer in Myanmar damit begonnen, die myanmarisch-chinesischen Grenzgebiete zu destabilisieren, was Handel und Reisen erschwert und das chinesische Militär veranlasst hat, sich auf mögliche grenzüberschreitende Gewalt vorzubereiten, wie die *Global Times* berichtet.

Dies ist nur ein Beispiel für die anhaltende Feindseligkeit, die die USA gegenüber China an den Tag legen, obwohl sie so tun, als würden sie Diplomatie mit Peking betreiben.

Die USA bereiten sich auf einen Krieg vor

Neben dem Stellvertreterkrieg, der sich gegen die chinesische Infrastruktur und den Handel an der Peripherie richtet, verstärken die USA ihre militärische Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum, vor allem um den chinesischen Seehandel zu bedrohen und ihr Militär im Vorfeld von Provokationen gegen die chinesische Inselprovinz Taiwan zu positionieren.

In einem kürzlich erschienenen <u>Reuters-Artikel</u> mit dem Titel *Wie die USA die Philippinen umwerben, um China auszubremsen* wird fast schon zugegeben, dass die USA die Philippinen benutzen, um den Aufstieg Chinas einzudämmen.

Der Artikel räumt ein:

Die Philippinen, Taiwans südlicher Nachbar, wären ein unverzichtbarer Stützpunkt für das US-Militär, um Taipeh im Falle eines chinesischen Angriffs zu unterstützen, sagen Militäranalysten. Die regierende Kommunistische Partei Chinas betrachtet das demokratisch regierte Taiwan als unveräußerlichen Teil Chinas und schließt Gewalt nicht aus, um die Insel unter ihre Kontrolle zu bringen.

Reuters vergisst zu erwähnen, dass China der bei weitem größte Handelspartner der Philippinen ist und der einzige Partner, der in der Lage ist, die moderne Infrastruktur zu bauen, die die Philippinen dringend benötigen, um mit dem Rest des aufstrebenden Südostasiens gleichzuziehen, das die wachsenden chinesischen Beziehungen bereits voll ausnutzt.

Anstelle von Eisenbahnen, Häfen und Kraftwerken, die in Zusammenarbeit mit China gebaut werden, lassen die Philippinen zu, dass die USA ihre Militärpräsenz in und um den Inselstaat ausbauen, was Manila selbst in eine eskalierende Konfrontation mit Peking drängt. Genau wie die Ukraine, die nach ihrer politischen Vereinnahmung durch die USA im Jahr 2014 ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland abbrach und ihre Wirtschaft in den freien Fall schickte, begeben sich die Philippinen in ihrer Rolle als eifriger US-Vertreter auf einen Pfad der Selbstzerstörung.

Die USA nutzen die Philippinen nicht nur, um die Spannungen im Südchinesischen Meer aufrechtzuerhalten, sondern auch, um ihre militärische Präsenz näher an Taiwan heranzuführen. Taiwan selbst ist weiterhin ein wichtiger Streitpunkt zwischen Peking und Washington.

Denn während Washington im Rahmen seiner Ein-China-Politik offiziell die chinesische Souveränität über Taiwan anerkennt, untergräbt es diese Politik und das Völkerrecht inoffiziell bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Die USA haben eine wachsende Zahl von US-Truppen in Taiwan stationiert, verkaufen weiterhin Waffen an die Regierung in Taipeh und mischen sich seit langem in das lokale politische System Taiwans ein.

Jahrelang halfen die USA, Taiwans Demokratische Fortschrittspartei (DPP) an die Macht zu bringen, investierten in politische Bewegungen, die die wachsende Zusammenarbeit zwischen Taiwan und dem Rest Chinas zurückdrehen wollten, und unterstützten in letzter Zeit zunehmend separatistische Elemente in Taipeh. Im Vorfeld der Wahlen am 13. Januar 2024 wurde bekannt gegeben, dass DPP William Lai den Halbamerikaner Hsiao Bi-khin als Kandidaten aufstellen wird, der einst die US-Staatsbürgerschaft besaß, bevor er sie aufgab, um in Taiwan in die Politik einzutreten, und der seit Jahren an der Seite des US-Kongresses in Washington aktiv gegen China arbeitet, wie die *New York Times* berichtete.

Die USA setzen ihre jahrzehntelange Eindämmungspolitik gegenüber China durch militärische, politische und wirtschaftliche Provokationen gegen China und seine Bevölkerung fort, die, sollte China den USA gegenüber das Gleiche tun, als kriegerische Handlungen empfunden würden.

Anstatt in den Krieg zu ziehen, hat Peking eine beharrliche Geduld bewahrt, in der Zuversicht, dass die Zeit auf seiner Seite ist, und im vollen Bewusstsein, dass die USA den Konflikt mit China eher früher als später suchen.

Peking ist der Ansicht, dass der Einfluss und die Macht der USA mit jedem Jahr schwindet, während die wirtschaftliche und militärische Stärke Chinas zunimmt. Es wird ein Wendepunkt kommen, an dem China die USA unwiderruflich überflügeln wird. Zu diesem Zeitpunkt wird China in der Lage sein, die vielen Probleme, die die USA entlang und innerhalb seiner Grenzen verursacht haben, auf rationale und konstruktive Weise zu lösen. Pekings Ziel ist es, Provokationen zu vermeiden, die das Land in Konflikte wie in Myanmar verwickeln oder sein eigenes Territorium niederbrennen wie in Taiwan, bevor dieser Wendepunkt erreicht ist.

Nur die Zeit wird zeigen, ob Chinas Geduld und Fähigkeit, sich selbst und die Region aufzubauen, die Fähigkeit Washingtons, alles zu untergraben und niederzubrennen, überdauern und übertreffen kann. Vorerst ist klar, dass trotz der oberflächlichen diplomatischen Annäherungsversuche Washingtons an Peking seine jahrzehntelange Politik der Eindämmung um jeden Preis intakt und so dringend wie eh und je ist.